

Redaktion: Peter Wahl (Hg.), Wolfgang Fritz Haug (Hg.), Jan Loheit (Koordinator),
Hauke Neddermann (Koordinator), Frigga Haug, Peter Jehle, Ingo Pohn-Lauggas,
Jan Rehmann, Hansjörg Tuguntke, Thomas Weber, Christian Wille

Verlagsmitteilungen	1
Antje Vollmer <i>Die Vorgeschichte des Ukraine-Krieges von Gorbatschow her erzählen. Politisches Vermächtnis</i>	2
Nathalie Weidenfeld <i>Sesselgeneräle, in Hitze</i>	9
Christoph Türcke <i>Gewinnen?</i>	12

Ukraine-Krieg – Weltordnungskrieg Fronten, Folgen, Formen – Eine Zwischenbilanz

Peter Wahl <i>Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg!</i> Editorial	13
---	----

Fronten

Susan Watkins <i>Fünf Kriege in einem. Der Kampf um die Ukraine</i>	22
--	----

Anuradha Chenoy <i>Der neue kalte Krieg und der globale Süden</i>	36
--	----

John P. Neelsen <i>Zeitenwende. Ende westlicher Hegemonie – Niedergang mit Schrecken</i>	50
---	----

Klaus Dörre <i>Nach der Zeitenwende. Der Krieg gegen die Ukraine und der Kampf um eine neue Weltordnung</i>	87
--	----

Politisch-ökonomische Folgen

Vladimiro Giacché <i>Notizen zu einer Analyse der ökonomischen Auswirkungen des Ukraine-Kriegs</i>	113
---	-----

Fortsetzung auf S. II

Koordination: Tong Mao
argument@inkrit.org · Tel. 030 98 54 09 78
Chausseestraße 37 C1 · 10115 Berlin
Argument Verlag · verlag@argument.de
Glashüttenstr. 28 · D-20357 Hamburg
Tel. 040 401800-0 · Fax -20
Einzelbestellung & Abonnement
abo@argument.de
bestellservice@germinal.de

Buchhandelsauslieferungen:
Deutschland und Österreich
ProLit · n.kallweit@prolit.de
Tel. 06 41 943-93 24 · Fax -93 89
Schweiz
AVA · verlagsservice@ava.ch
Tel. +41 (0)44 762-42 50 · Fax -42 10

Wolfgang Streeck
Böses Erwachen: Deutschland nach dem Krieg 123

Ökologische Folgen

Jason W. Moore
Imperialistische Kriege in der Endphase der billigen Natur 139

John Bellamy Foster
Nuklearkrieg und Ökokrise als doppelter Exterminismus 162

Formen

Alexej Gromyko
Kubakrise 2.0? Zur nuklearen Dimension in Stellvertreterkriegen 174

Norman Paech
Verdeckte Kriege im Schatten des Völkerrechts 182

Erhard Crome
Dialektiken im internationalen System. Anmerkungen zum Imperialismusproblem 193

Johannes Klotz
 ›Zeitenwende‹ – Neue Militarisierungskonzepte und globale Machtansprüche . 206

»Der Vorhang zu und alle Fragen offen« (Brecht)?

Wolfram Adolphi
DIE LINKE und der Frieden. Wo bleibt das »Krieg dem Kriege«? 213

Wolfgang Fritz Haug
Das Blut der anderen – ein Jahr später. Versuch einer Antwort auf Lulas Frage, wie es dazu kam 228

* * *

Wolfram Adolphi
Zeit für radikalere Ansätze. Zum Sammelband »Die DDR in der gesamtdeutschen Geschichte. Vertane Chancen – Sackgasse – Nachwirkungen« ... 251

Jan Rehmann
Paul Masons »liberale« Drehung des Antifaschismus 257

Personenangaben; Zeitschriftenschau 307

Online-Supplement*

Editorial 1*

Zusammenfassungen / Abstracts des Gesamtheftes 340 10*

* www.inkrit.org >> Das Argument >> Aktuelle Ausgaben

Besprechungen**Philosophie**

- Steffens, Andreas, *Das Verhängnis Identität oder Der Zwang, etwas zu sein* (Gerhard Bauer) 266
- Dannemann, Rüdiger (Hg.), *Lukács 2019/20. Jahrbuch der internationalen Lukács-Gesellschaft* (Ulrich Brieler) 267
- Füssel, Kuno, u. Michael Ramminger (Hg.), *Kapitalismus: Kult einer tödlichen Verschuldung. Walter Benjamins prophetisches Erbe* (Andreas Arndt) 269
- Reckwitz, Andreas, u. Hartmut Rosa, *Spätmoderne in der Krise. Was leistet die Gesellschaftstheorie?* (Tillmann Heide) 272

Sprache und Literatur

- Seghers, Anna, *Die Gefährten. Werkausgabe, Bd. I/1.2* (Robert Cohen) 274
- Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), *Die Vernunft der Poesie. Heinrich Böll und der Literatur-Nobelpreis 1972* (Peter Jehle) 277

Pädagogik

- Fangerau, Heiner, u. a. (Hg.), *Leid und Unrecht. Kinder und Jugendliche in der Behindertenhilfe und Psychiatrie der BRD und DDR 1949 bis 1990* (Felix Bardorf) 278
- Bittner, Martin, u. Anke Wischmann (Hg.), *Kritik und Post-Kritik. Zur deutschsprachigen Rezeption des »Manifests für eine Post-Kritische Pädagogik«* (Simon Kunert) 280

Soziale Bewegungen und Politik

- Ambos, Kai, *Doppelmoral. Der Westen und die Ukraine* (Norman Paech) .. 283
- Guérot, Ulrike, u. Hauke Ritz, *Endspiel Europa. Warum das politische Projekt Europa gescheitert ist – und wie wir wieder davon träumen können* (Peter Wahl) 286
- Adler, Sabine, *Die Ukraine und wir. Deutschlands Versagen und die Lehren für die Zukunft* (Johannes Klotz) 206
- Heinemann-Grüder, Andreas, Claudia Crawford u. Tim B. Peters, *Lehren aus dem Ukrainekonflikt. Krisen vorbeugen, Gewalt verhindern* (Johannes Klotz) . 206
- Masala, Carlo, *Weltunordnung. Die globalen Krisen und die Illusionen des Westens* (Johannes Klotz) 206

Schwarzer, Daniela, <i>Final Call: Wie Europa sich zwischen China und den USA behaupten kann</i> (Johannes Klotz)	206
Stöhr, Florian, <i>Die sicherheitspolitische Community in Deutschland. Eine Untersuchung ihrer Hintergründe, Funktionen und Vernetzung</i> (Johannes Klotz)	206
Wagner, Jürgen, <i>Im Rüstungswahn. Deutschlands Zeitenwende zu Aufrüstung und Militarisierung</i> (Johannes Klotz)	206
Bollinger, Stefan, <i>Die DDR in der gesamtdeutschen Geschichte. Vertane Chance – Sackgasse – Nachwirkungen</i> (Wolfram Adolph)	251
Müller, Michael, Peter Brandt u. Reiner Braun (Hg.), <i>Selbstvernichtung oder Gemeinsame Sicherheit – Unser Jahrzehnt der Extreme: Ukraine-Krieg und Klimakrise</i> (Sebastian Neumann)	288
Dohnanyi, Klaus v., <i>Nationale Interessen. Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche</i> (Gerhard Mette)	290
Goldberg, Jörg, <i>Ein neuer Kapitalismus? Grundlagen historischer Kapitalismusanalyse</i> (Heiner Poelitz)	292
Mason, Paul, <i>Faschismus. Und wie man ihn bekämpft</i> (Jan Rehmann)	257
Stöss, Richard, <i>SPD am Wendepunkt. Neustart oder Niedergang</i> (Sebastian Neumann)	294

Ökonomie

Ziegler, Alexander, <i>Der Aufstieg des Internet der Dinge. Wie sich Industrieunternehmen zu Tech-Unternehmen entwickeln</i> (Karl-Eugen Kurrer)	297
--	-----

Geschichte

Marx, Karl, Friedrich Engels u. Maurice Lachâtre, <i>Traduire Le Capital: une correspondance inédite entre Karl Marx, Friedrich Engels et l'éditeur Maurice Lachâtre</i> (Alessandro Cardinale)	300
Stößinger, Edwin, <i>Dorothee Sölle – eine intellektuelle Biografie</i> (Tobias Foß)	302
Aly, Götz, <i>Das Prachtboot. Wie Deutsche die Kunstschatze der Südsee raubten</i> (Felix Werfel)	304

Wolfgang Streeck

Böses Erwachen: Deutschland nach dem Krieg

Es ist noch kein Jahr her, dass Angela Merkel, nach sechzehn Jahren als Bundeskanzlerin, am Ende ihrer Amtszeit inoffizielle Präsidentin der Europäischen Union, sich in den Ruhestand zurückzog. Von den ihr damals gewidmeten Huldigungen als eine der großen politischen Persönlichkeiten des noch jungen 21. Jahrhunderts ist so gut wie nichts in Erinnerung geblieben. Ihrer Partei ist sie peinlich geworden, und sie überhaupt zu erwähnen gilt als politisch riskant. Wenn ihr Nachfolger als Bundeskanzler, ihr langjähriger Finanzminister und Stellvertreter, Olaf Scholz, verlauten lässt, dass er des Öfteren mit ihr telefoniere, um ihren Rat einzuholen, erzeugt das Befremden. Die Ära Merkel, daran kann kein Zweifel sein, ist beendet, ihr Erbe ist ausgeschlagen, ein langer Irrtum ist zu entsorgen, und auch hier soll nach der Zeitenwende nichts mehr sein, wie es einmal war.

Was hat Merkel getan, oder nicht getan, um verdient zu haben, was sie nun bekommt und von dem, da kann man sicher sein, mehr ins Haus steht, wenn die Erinnerung an die in ihren letzten Amtsjahren am laufenden Band abgelieferten panegyrischen Bekundungen von unerschütterlicher Bewunderung und ewiger Treue seitens ihrer Partei- und Koalitionsgenossen, nicht zu vergessen die ihr am Ende handzahn ergebenen Großjournalistinnen und -journalisten, weiter verblasst sein wird? Ginge es nach den eilfertigen Besserwissern von heute, viele von ihnen bis vor Kurzem ergebene Merkelianer, dann hat Merkel vor der Herausforderung versagt, der manichäischen Wahrheit einer Welt ins Auge zu blicken, in der ein gutes Reich immer wieder neue böse Reiche – *evil empires* – besiegen muss, wenn es nicht selber besiegt werden will; in der es gilt, Haltung anzunehmen und zu zeigen; die westlichen Reihen zu schließen, unter Führung der Vereinigten Staaten von Amerika; nicht nur Frieden zu schaffen, sondern auch Gerechtigkeit, und wenn es mehr sein soll als schöner Schein, mit Waffen statt ohne.

Man würde gerne wissen, wie Merkel sich gegen das im Entstehen begriffene antimerkelsche »Narrativ« verteidigen würde.¹ Öffentliche Kontroversen über öffentliche Interessen hat sie freilich immer verweigert – für sachlich unnötig

1 Erste, von der *Bild*-Zeitung bis zur FPD heftig beanstandete Erklärungen Merkels im Herbst 2022 liefen darauf hinaus, dass sie nichts zu bereuen habe, weil sie bestrebt gewesen sei, Frieden zu sichern; es habe ihr aber in den letzten Jahren die Kraft gefehlt, ihre Politik international durchzusetzen, auch weil das Ende ihrer Amtszeit absehbar gewesen sei. Neuere Äußerungen in einem Interview für die *ZEIT* (8.12.2022) relativieren dies insofern, als Merkel das Minsker Abkommen von 2014 als „Versuch“ beschreibt, »der Ukraine Zeit zu geben [...] Sie hat diese Zeit auch genutzt, um stärker zu werden, wie man heute sieht.« Weniger als »wie es wirklich gewesen« zeigt dies Merkels Meisterschaft in mehrfachdeutbarer Rhetorik als hoher politischer Kunst und der sorgfältigen Sicherung jederzeitiger Dementierbarkeit alles von ihr Gesagten in alle notwendigen Richtungen.

gehalten, auf jeden Fall für politisch zu riskant. Das war in einer Gesellschaft durchaus möglich, die anders als die französische oder amerikanische keinerlei strategische Diskussion ihrer politischen Bestimmung kannte und immer noch kennt, jedenfalls keine kontroverse. Dies mag daran gelegen haben, dass der notwendige Ankerpunkt einer jeder derartigen Diskussion, ein Begriff des nationalen Interesses, über dessen Inhalt man ebenso streiten könnte wie über die beste Art seiner Verfolgung, in Deutschland schlechthin fehlt. Auch »Ideologie« war überholt; was zählte war »Pragmatismus«, und was sich aus ihm jeweils an Entscheidungen ergab, überließ man am besten der großen Pragmatikerin.² Im Blick auf deren politisches Erbe fühlt man sich an Max Webers Kritik an Bismarck erinnert, den von ihm ansonsten bewunderten genialen Staatsgründer, der »eine Nation ohne alle und jede politische Erziehung« hinterlassen habe, »ohne allen und jeden politischen Willen, gewohnt, dass der große Staatsmann an ihrer Spitze für sie die Politik schon besorgen werde [...], eine Nation, daran gewöhnt [...], fatalistisch über sich ergehen zu lassen, was man über sie beschloss« (1921/1988, 318f). Und weiter, voller bemerkenswerter Parallelen:

Eine politische Tradition dagegen hinterließ der große Staatsmann *überhaupt nicht*. Innerlich selbständige Köpfe und vollends Charaktere hatte er weder herangezogen, noch auch nur ertragen [...]. Demgegenüber nun als ein rein negatives Ergebnis seines gewaltigen Prestiges: ein *völlig machtloses Parlament* [...]. Jene Machtlosigkeit bedeutete aber zugleich: ein Parlament mit tief herabgedrücktem geistigen Niveau [...]. Denn darauf: *ob große Probleme* in einem Parlament nicht nur *beredet*, sondern *maßgeblich entschieden* werden, – ob also etwas und *wie viel darauf ankommt, was im Parlament geschieht*, oder ob es nur der widerwillig geduldete Bewilligungsapparat einer herrschenden Bürokratie ist, stellt sich die Höhe oder Tiefe seines Niveaus ein.« (Ebd.)

Diskontierte Zukunft: Drei Vignetten

Wie Deutschland in den Zustand geraten ist, aus dem es jetzt so unsanft geweckt wurde, lässt sich anhand von drei Themenfeldern illustrieren: der deutschen Energie-, Europa- und Sicherheitspolitik. Bezüglich der *ersteren* ist heute so gut wie vergessen, mit welcher Entschlossenheit Merkel als Kanzlerin einer Kleinen Koalition mit der FDP (2009–2013) ihre erste »Energiewende« verfolgte, weg von dem 2000 unter Schröder und Trittin durchgesetzten Atomausstieg und zurück zu der von ihr, unter Anrufung ihrer Autorität als promovierte Physikerin, für unbedenklich erklärten Stromerzeugung durch Kernkraft. Als dann im März 2011 ein Tsunami einen der Atommeiler von Fukushima unter Wasser setzte – zu einem Zeitpunkt, an dem absehbar geworden war, dass die angenehm kleine FDP die Koalition mit der CDU/CSU nicht überleben und Merkel in der nächsten Legislaturperiode möglicherweise wieder auf die unbequem große SPD angewiesen sein würde – ordnete Merkel innerhalb weniger Tage die Abschaltung aller deutschen Atommeiler und

2 Für erste Versuche des Autors zu Merkels Politikstil siehe Streeck 2017; 2021a, b; 2022c.

mittelfristig denselben Ausstieg aus der Atomenergie an wie seinerzeit die Regierung Schröder.

Damit war ein parteipolitisches Werben um die auf längere Sicht erwünscht mittelgroß zu werden versprechenden Grünen eröffnet, für eine neo-bürgerliche Koalition der Mitte unter Ausschaltung der aus Sicht der CDU/CSU innen- wie außenpolitisch traditionell unzuverlässigen »Sozen« (Helmut Kohl). Wenig später ließ sich Merkel mit demselben Ziel auf einen Ausstieg auch aus der Kohle ein, ohne die langfristigen Voraussetzungen für einen kompensierenden Ausbau der erneuerbaren Energien schaffen zu können oder zu wollen. So entstand die nach dem Februar 2022 allseits beklagte Abhängigkeit Deutschlands, und in seiner Verlängerung eines Teils von Westeuropa, von russischem Öl und russischem Erdgas, wobei es Merkel und den Grünen bis heute irgendwie gelang, zumindest letztere der russlandsentimentalen SPD anzulasten. Soweit Merkels Außenpolitik sich in den folgenden Jahren gegen die Ukraine richtete, insbesondere mit dem Bau von Nord Stream 2, war ihr Ziel die Sicherheit der deutschen Gasversorgung – die, solange sie auf dem Weg über die Ukraine stattfand, immer in Gefahr war, von Streitigkeiten über den Preis des von Russland an die Ukraine gelieferten Gases und über ukrainische Forderungen nach höheren Gebühren für die Durchleitung von russischem Gas nach Westeuropa, wie geschehen 2006, unterbrochen zu werden.

Eine konkrete Vorstellung, wann eine allein auf erneuerbare Energien gestützte deutsche Stromproduktion in der Lage sein würde, den absehbar dramatisch steigenden Bedarf nach Elektrizität zu decken – besonders wenn der Übergang zu elektrisch betriebenen Automobilen so schnell vorankäme wie von der Bundesregierung vorgeblich geplant – wurde unter diesen Voraussetzungen nie entwickelt, freilich auch von der gegenwärtigen Regierung nicht.

Was *zweitens* die deutsche *Europapolitik* angeht, so steht in deren Zentrum seit der Jahrhundertwende die Währungsunion, ideologisch deklariert als Ausbund gleicher wirtschaftlicher Rationalität für alle, tatsächlich aber eine Bonanza für Deutschland und ein Verlustgeschäft besonders für die Mittelmeerländer.³ Dies war von diesen ursprünglich anders geplant gewesen; ihre Hoffnung war gewesen, mit der EWU die harte D-Mark, der sie in einem zunehmend internationalen Finanzsystem seit längerer Zeit hatten folgen müssen, obwohl sie dadurch ihre eigenen Wachstumsmöglichkeiten beschnitten, als faktische europäische Einheitswährung durch eine weichere, politisierbarere Einheitswährung abzulösen. Dies misslang, weil Deutschland es schaffte, in den europäischen Verträgen der 1990er Jahre einen nach deutschem Modell verfassten Euro durchzusetzen (»der Euro, hart wie die Mark«).

In der Folgezeit wurde es zu einem vorrangigen deutschen Interesse, die Währungsunion und den Euro trotz der Schäden, die diese in den südlichen Mitgliedstaaten anrichteten, mit allen Mitteln zu verteidigen, wenn nicht durch Behebung ihrer Deutschland begünstigenden Konstruktionsfehler, dann durch Konzessionen an

3 Zu Vorgeschichte und Ergebnis siehe Mody 2018.

die politischen und wirtschaftlichen Eliten der Mittelmeerländer, die diesen ermöglichen sollten, trotz unveränderter, sie benachteiligender institutioneller Bedingungen bei der europäischen Stange zu bleiben (Streeck 2021c, 338f, passim). Für Deutschland als wirtschaftliche Hegemonialmacht Europas kam es dabei darauf an, seine Zugeständnisse an seine südeuropäischen Partner so auszugestalten, dass sie für die einheimischen Wähler unauffällig genug waren, um von ihnen hingenommen zu werden, während sie zugleich den Wählern der absteigenden Mitgliedsländer von ihren »pro-europäischen« Regierungen als langfristig Besserung versprechende, mit politischem Druck auf das reiche Deutschland erzielte Zugeständnisse präsentiert werden konnten.

Ewig wäre das nicht gut gegangen, und man kann vermuten, dass das den Beteiligten durchaus klar war. Angesichts der politischen wie rechtlichen Irreversibilität der fehlkonstruierten Währungsunion hatten sie sich schon vor dem Beginn des Krieges auf einen gemeinsam kultivierten Optimismus nicht mehr des Willens (Delors mit Gramsci), sondern nur noch des Wünschens und Wartens verlegt – auf dass die unvermeidliche Sintflut so lange auf sich warten lasse, dass erst die nächste Generation mit ihr fertigwerden müsste. Der sogenannte Corona-Wiederaufbaufonds, als NextGenerationEU (NGEU) *extra legem* in die Welt gesetzt und von den Pressestellen als finale Heilungs- und Rettungstat gefeiert,⁴ erwies sich schon bald als das, was er von Anfang gewesen war: ein weiteres Trostpflaster. Merkels letzte Trumpfkarte vor ihrem Abgang, die Einsetzung des Geldtechnikers Draghi als italienischer Premierminister und deutsch-europäischer Vizekönig zugleich, der mit Hilfe kreativ aufgenommener gesamteuropäischer Schulden Italien für ein paar Jahre mehr ruhigstellen sollte, stach nur kurz; schon ein gutes Jahr nach seiner Machtübernahme warf Draghi hin und überließ die Konkursmasse einer von den Rechtdenkenden als »Post-Faschistin« markierten Außenseiterin. Die immer realer erscheinende Möglichkeit, dass die zur Rettung der Währungsunion erforderlichen Maßnahmen zu groß für Deutschland und zu klein für Italien sein würden – eine Möglichkeit, die in den langen Jahren gemeinsamen Gesundbetens immer realistischer geworden war –, blieb im Deutschland Angela Merkels und seines auf »pro-europäische« Tugendhaftigkeit eingeschworenen politischen »Diskurses« öffentlich undiskutiert.

Als *drittes* Beispiel mag die *Sicherheitspolitik* dienen, auch als Überleitung zu dem, was Deutschland nach Merkel mit dem Ukraine-Krieg blüht und noch blühen wird. In ihrer Zeit als Bundeskanzlerin gelang es Merkel, Diskussionen über dieses Thema nahezu völlig zu vermeiden. Dies entsprach dem Umstand, dass Deutschland und seine Streitkräfte sich seit der Westintegration der Bundesrepublik unter Konrad Adenauer fest in den Händen der NATO und damit der Vereinigten Staaten befinden. Ein Ausdruck der fehlenden sicherheitspolitischen Souveränität des Landes unter vielen ist, dass es bis heute nicht über so etwas wie einen Generalstab verfügt – die Stabsarbeit für seine vollzählig der NATO unterstellte Armee findet in deren

4 Mitfeiernd van Middelaar 2021.

Hauptquartier in Brüssel statt. Auch hatte Merkel von Kohl und Schröder einen Staat übernommen, auf dessen Boden die Vereinigten Staaten ihren größten ausländischen Stützpunkt nach Okinawa unterhalten;⁵ der nicht über eigene Atomwaffen verfügt, obwohl er geopolitisch zwischen vier Atommächte – Russland, Frankreich, Großbritannien und die USA – engstens eingeklemmt ist; und der seit Jahrzehnten aufpassen musste, die USA einerseits und Frankreich andererseits nicht dadurch zu verärgern, dass er sich den geostrategischen Vorstellungen eines der beiden unter Zurücksetzung des anderen anschloss oder auch nur diesen Eindruck erweckte. Ebenfalls zu Merkels Erbe gehörten die Bombardierung Serbiens (78 Tage lang im Jahr 1999), die weltweite Ausdehnung des Einsatzgebiets der NATO nach Maßgabe der amerikanischen New World Order am »Ende der Geschichte« (formell vereinbart 1999), der Krieg in Afghanistan (begonnen 2001) und der amerikanische Überfall auf den Irak (2003), verbunden mit einer historisch präzedenzlosen Aufrüstung der USA im Rahmen ihres War on Terror⁶ und begleitet von der dringenden Aufforderung der USA an ihre europäischen Bündnispartner, vor allem Deutschland, ihren »Verteidigungs«-Etat bis 2024 auf zwei Prozent des jeweiligen Sozialprodukts zu erhöhen.⁷

Als Kanzlerin hat Merkel dem Zwei-Prozent-Ziel nie widersprochen, weder in den NATO-Gremien noch – das schon gar nicht – in der Öffentlichkeit. Allerdings hat sie auch nichts getan, um es zu verwirklichen, vielleicht in der Hoffnung, dass spätere amerikanische Regierungen die Sache irgendwie vergessen würden.⁸ Dies, obwohl Frankreich, das als Atommacht das Zwei-Prozent-Ziel in den meisten Jahren erreicht hatte, ebenfalls auf höhere deutsche Rüstungsausgaben drängte, wohl weil die französische Atomwaffe so viel Geld verschlingt, dass die konventionellen Fähigkeiten des französischen Militärs darunter leiden.⁹ Insbesondere für die von ihm angestrebte »europäische strategische Souveränität«, nicht zuletzt in Afrika, wünschte sich Frankreich deshalb eine Ergänzung seiner nuklear bewaffneten durch konventionelle deutsche Streitkräfte. Merkel gelang es jedoch, beide, die USA und Frankreich, auf später zu vertrösten und damit einer Entscheidung zwischen NATO einerseits und Europa – genauer, einer europäischen Armee erst innerhalb, dann operativ oder gar formell auch außerhalb der NATO – andererseits aus dem Weg zu gehen. Frankreich versprach sie gemeinsame Rüstungsprojekte, kaufte dann aber auch gerne in den USA ein. Gemeinsam mit Sarkozy verhinderte sie 2008 die

5 Gegenwärtig sind etwa 35 000 amerikanische Soldaten in Deutschland stationiert; hinzu kommen 25 000 Familienangehörige und 17 000 zivile, meist deutsche Beschäftigte.

6 Im Jahr 2010, kurz nach dem Beginn von Merkels zweiter Amtszeit, erreichten die Rüstungsausgaben der USA nach einem 2000 begonnenen steilen Anstieg einen vorläufigen Höhepunkt und beliefen sich auf etwa das Anderthalbfache des Militärhaushalts der USA auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges. Dies entsprach dem 19-fachen des russischen und dem 6,6-fachen des chinesischen Rüstungsetats.

7 Zuerst beschlossen 2002 beim NATO-Gipfel in Prag, dann erneut, zu Merkels Zeit, 2014 in Wales, noch unter Obama.

8 Und wohl auch in Anbetracht des Umstands, dass die westeuropäischen Länder zusammen genommen damals mehr als dreimal soviel für Rüstung ausgaben wie ihr einziger mutmaßlicher Feind, Russland.

9 Zum Folgenden siehe Streeck 2021c, 350-64.

von den USA betriebene Aufnahme der Ukraine in die NATO und schickte ab Mitte der 2010er Jahre, auch ohne Erfüllung der Zwei-Prozent-Auflage, auf französischen Wunsch Truppen in, wie sich bald herausstellte, hoffnungslose Einsätze in verschiedenen Sahel-Staaten. Womöglich sollte dies einen Ausgleich dafür bieten, dass Merkel ihren damaligen Koalitionspartner, die FDP, mit ihrem Außenminister Westerwelle 2011 nicht hatte dazu überreden können, sich an der zunächst französischen, von dem »Neuen Philosophen« Bernard-Henry Lévy initiierten, später auch britisch-amerikanischen Demokratisierungsmission in Libyen zu beteiligen, die nach der Ermordung des Präsidenten und Sarkozy-Freundes Gaddafi im Oktober des Jahres in einen Regimewechsel hin zu bis heute anhaltender Anarchie einmündete.

Neues Deutschland

Ob der Ukraine-Krieg wirklich, wie von Scholz am 27. Februar, drei Tage nach seinem Ausbruch, behauptet, eine »Zeitenwende« markierte, lässt sich bezweifeln. Viel eher war er der vorläufige Kulminationspunkt einer längeren Entwicklung, die das in Merkels geopolitischer Narkose befangene Deutschland freilich verschlafen hatte. So kam es, wenn schon nicht zu einem historischen Bruch in der Welt, dann jedenfalls zu einem bösen Erwachen in Deutschland, als den von Merkel und den Ihren kultivierten Selbstverblendungen und verleugneten Widersprüchlichkeiten der deutschen Politik von der neu entschlossenen, ihren Status mit militärischen Mitteln zu behaupten suchenden absteigenden Weltmacht USA ein abruptes Ende bereitet wurde. Der Krieg, in Kürze, erwies sich als willkommene Gelegenheit für die Vereinigten Staaten, ihre Kontrolle über Deutschland zu befestigen; er beendete die subversiven Bemühungen deutscher Regierungen um eine eigenständigere deutsche Politik; löste die Ambivalenz der deutschen Außenpolitik zwischen französisch-europäischen und transatlantischen Ansprüchen zugunsten der letzteren auf; beraubte damit Deutschland der Möglichkeit, Frankreich und die USA in Verfolgung deutscher Autonomieinteressen gegeneinander auszuspielen; verwandelte die Europäische Union de facto in eine Hilfsorganisation der NATO und stärkte den Einfluss insbesondere Polens in Europa auf Kosten Deutschlands und Frankreichs; verpflichtete Deutschland zur Beteiligung an einem amerikanischen Wirtschaftskrieg zunächst gegen Russland und zunehmend auch gegen China – ein Wirtschaftskrieg, der sich zugleich auch, und immer weniger nur als Kollateralschaden, gegen Deutschland selber richtete; und machte das Schicksal Deutschlands als Industrieland mehr denn je von Verlauf und Ergebnis der sich zuspitzenden Auseinandersetzung zwischen den USA und China abhängig, angetrieben vor allem von einem amerikanischen nationalen Interesse, China USA-verträglich zurechtzustutzen, bevor es zu spät ist.

Im Folgenden soll anhand einiger ausgewählter Punkte herausgearbeitet werden, was der Ukraine-Krieg für die deutsche Politik wahrscheinlich bedeutet:

1. *Deutschland und die USA* – Die Abkehr der USA von der einen Welt ihrer New World Order kam überraschend für Deutschland, das in seinem provinziellen

Wunschdenken länger an die »regelbasierte« Eliminierung nationalstaatlicher Interessen und Machtverhältnisse aus Weltpolitik und Weltwirtschaft geglaubt hatte als die USA selber. Schon seit einiger Zeit war es Russland und China auf den ihnen nach 1990 von den USA zugewiesenen Plätzen zu eng geworden; in dem Maße, wie sie sich wirtschaftlich stark genug für so etwas wie strategische Autonomie fühlten, wurde ihnen der Preis ihrer Unterwerfung unter die us-amerikanische Hegemonie zu hoch. Was Deutschland angeht, so war es als nicht-nukleare Mittelmacht zu klein, um auf globaler Ebene mitreden zu können. Gleichzeitig war es wirtschaftlich zu einem Hauptprofiteur der grenzenlosen Märkte unter amerikanischem Recht und amerikanischem Geld geworden; seine Industrieunternehmen prosperierten, indem sie in China billige Vor- und Zwischenprodukte kauften, um sie dann dort, verbaut in teure Endprodukte, teuer zu verkaufen, wobei sie einen Gutteil der für ihre Produktion benötigten Energie aus Russland bezogen. Damit hatten sie schon lange den Unmut der amerikanischen Merkantilisten auf sich gezogen, den sie bei zunehmendem Verfall der amerikanischen Industrie und wachsenden Spannungen zwischen den USA und den beiden ersten Ausbrechern aus ihrer neuen Weltordnung, Russland und China – weitere sind auf dem Weg, sich ihnen anzuschließen –, immer stärker zu spüren bekamen.

Hinzu kam, dass die Vereinigten Staaten erkannt hatten, dass unter den Bedingungen der im neoliberalen Zeitalter gewachsenen weltweiten ökonomischen und finanziellen Verflechtung wirtschaftliche Sanktionen eine effektive erste Stufe zwischenstaatlicher Gewaltanwendung sein können, zumal für ein Land von der Größe der USA, für das so etwas wie wirtschaftliche Autarkie durchaus im Bereich des Möglichen liegt. Allerdings erfordern Sanktionen, wenn sie wirken sollen, die Beteiligung möglichst vieler anderer Staaten, die dazu überredet oder gezwungen werden müssen. Für Amerika kommt es hierfür vor allem auf Deutschland mit seiner einzigartig umfangreichen und vielfältigen Außenwirtschaft an. Allerdings muss Deutschland damit rechnen, selber zu einem der Hauptleidtragenden einer Zerlegung der grenzenlosen Wirtschaftswelt des Neoliberalismus entlang politischer Freund- und Feindschaften zu werden, aus amerikanischer Sicht als Kollateralschaden, wenn auch mit positiven Nebenwirkungen für die amerikanische Handelsbilanz, aus deutscher aber als Totalschaden. Insoweit könnte der Ukraine-Krieg sich zugleich zu einer Art Wirtschaftskrieg der USA gegen Deutschland auswachsen, mit einer realen Möglichkeit eines Endes des so erfolgreichen deutschen Produktions- und Wohlstandsmodells im Zuge einer nachholenden, durch einen politisch bewirkten Ausfall von globalen Lieferketten, Energiequellen und Absatzmärkten erzwungenen Deindustrialisierung.¹⁰

10 Dafür, dass schon vor dem Ukrainekrieg eine Art Wirtschaftskrieg der Vereinigten Staaten gegen Deutschland im Gang war, der dann zu einem Nebenmotiv der amerikanischen und NATO-Strategie in der Ukraine geworden sein könnte, spricht einiges. Siehe German Council on Foreign Relations, »Nord Stream 2: The Dead-End of Germany's Ostpolitik«, 20.02.2019, [www](http://www.gcr.org); aus anderer Perspektive Thomas Fazi, »Did America cause Europe's energy war? Biden doesn't just want to weaken Russia«, *Unherd*, 11.10.2022, www; siehe

Für ein paar Jahre hatte es unter der ersten Präsidentschaft Trumps so ausgesehen, als würden die USA Europa im Windschatten der Weltgeschichte in Ruhe lassen – »America first« als Slogan für einen amerikanischen Isolationismus, der es Deutschland ermöglichen würde, nach Merkel-Art um den Preis gelegentlicher pro-amerikanischer Lippendienste weiterhin umsonst im Güterzug des amerikanischen Kapitalismus mitzufahren. Jedoch gab es auch unter Trump für derartige Hoffnungen keinen wirklichen Grund. Zwar versuchte sich Trump an einer Art Frontbegradigung gegenüber Russland und wollte zum Schrecken des militärisch-politischen Komplexes seines Landes nicht verstehen, wofür man nach dem Ende der Sowjetunion noch eine NATO brauchte, oder gar eine der NATO angeschlossene Ukraine. Auswirkungen auf die langfristigen militärischen Planungen in den Tiefen des riesigen nationalen Sicherheitsapparats der USA, mit der Ukraine als Dreh- und Angelpunkt einer Strategie der vollständigen Natofizierung Europas westlich der russischen Grenze, hatte das aber offenkundig nicht. Im Gegenteil gelang es den amerikanischen Demokraten, Trumps, wenn man so will: »Entspannungspolitik« gegenüber Russland mit der Behauptung zu vergiften, er verdanke seinen Wahlsieg von 2016 über Hillary Clinton geheimen russischen Interventionen in den Wahlkampf (ein »*stolen election*«-Narrativ, das dem vier Jahre später von Trump verbreiteten stilprägend vorausging).

Ohnehin hatte Trump, auch abgesehen von Russland, eigene Hühnchen mit Deutschland zu rupfen, dem er immer wieder öffentlich vorwarf, sich nicht um seine zwei Prozent-Verpflichtung zu kümmern und sich mit dem geschuldeten Geld einen guten Lenz zu machen.¹¹ Auch Nord Stream 2 spielte schon früh eine Rolle, insofern als der amerikanische Senat, aber auch das Weiße Haus unter Trump und dann Biden immer wieder die Nicht-Inbetriebnahme der Pipeline forderten, in Deutschland unterstützt von den grünen Karbon- wie Atomgegnern sowie den Amerika- und Ukrainefreunden in der CDU.¹² Auch hier dürften sich staatlich-imperiale und privat-ökonomische amerikanische Interessen gemischt haben. Im Hintergrund dürfte mitgespielt haben, dass gegen Ende der Präsidentschaft Obamas durch die Erfindung des Fracking und ihre großflächige Anwendung die USA energieautark, ja potenziell zum Exporteur von Energie geworden waren.¹³

auch »Columbia professor Jeffrey Sachs yanked off air after accusing US of sabotaging Nord Stream pipeline«, *New York Post*, 4.10.2022, [www](#). Hier bietet sich ein weites Feld für zukünftige Recherchen, allerdings kaum für die Mainstream-Presse. Interessante Bezüge dürften auch zum Inflation Reduction Act der Biden-Administration bestehen.

11 Zum deutsch-amerikanischen Verhältnis unter Trump siehe Streeck 2021c, 356-61.

12 Die USA begannen schon 2017 mit der Androhung von Sanktionen, u.a. mit der Verabschiedung des sog. *Countering America's Adversaries Through Sanctions Act*. Zur Entwicklung des Konflikts bis 2020 siehe ein Paper der Atlantikbrücke: »Die Sanktionsspirale der USA gegen Nord Stream: Problemstellung, Positionen, Konsequenzen«, Berlin 2020, [www](#).

13 Pläne hierfür gab es spätestens 2013, noch unter Obama, der milliardenschwere Infrastrukturprojekte in Gang brachte, mit deren Hilfe die USA zum Nettoexporteur von (verflüssigtem) Erdgas werden würden, mit auch strategischem Nutzen, vor allem in der Rivalität der USA mit China. Niemand in den USA hat daraus je ein Geheimnis gemacht.

Anders als Merkel vielleicht gehofft haben mag, verzichtete die Biden-Administration keineswegs darauf, die sich hier ergebenden strategischen Möglichkeiten zu nutzen. Für Biden waren die Staaten Europas, insbesondere Deutschland, von Anfang an strategisch zu reaktivierende und an eine kurze Leine zu nehmende Verbündete, die zu verstehen hatten, dass der Abzug der USA aus Afghanistan im Sommer 2021 nicht als Abschied von der Weltpolitik *à la* Trump zu verstehen war, sondern als Frontbegradigung im Dienste eines überragend wichtigeren, von nun an wiederum gemeinsam, aber umso entschiedener zu verfolgenden Zieles: der Restaurierung der Macht der USA, bevor es zu spät ist.

Bei den im Herbst des Jahres sich anschließenden informellen Verhandlungen der USA mit Russland über die Ukraine spielten Deutschland und die Europäische Union denn auch keinerlei Rolle; Biden und sein Außenminister Blinken hielten ihre Karten eng vor ihre gut gepanzerte Brust. Es folgten in den Monaten vor dem Kriegsausbruch und danach Forderungen nach unbedingter Gefolgschaft seitens Deutschlands und Europas für die von den USA mit der Ukraine, und mit niemand anders, abgesprochenen »westlichen« Kriegsziele, begleitet durch immer neue symbolische Demütigungen Deutschlands durch die USA und die Ukraine, in öffentlichkeitswirksamer Gestalt durch den ukrainischen Botschafter in Deutschland (Streck 2023). Eingebettet waren diese in einen bis heute ununterbrochenen Strom von Schuldbekennnissen deutscher Politiker des Inhalts, dass sie sich »in Putin geirrt« hätten und nicht längst von sich aus, spätestens bei der russischen Okkupation der Krim, zur Befreiung der Ukraine von Russland aufgebrochen waren. Als Wiedergutmachung kündigte dann der Bundeskanzler am dritten Kriegstag einen schuldenfinanzierten Sonderfonds von 100 Milliarden Euro zur »Ertüchtigung« der Bundeswehr an – ein Investitionsschub, der allerdings frühestens in fünf Jahren schlachtfeldwirksam werden wird und dessen Realisierung schon sehr bald, zum Leidwesen der Rüstungslobbyisten, ins Stocken geriet.

Auch die USA taten das Ihre, um die Wiedergewinnung der Bündnisdisziplin öffentlich zu dokumentieren. Die Erklärung Bidens von Anfang Februar 2022, knapp drei Wochen vor Kriegsbeginn in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Scholz in Washington, man wisse schon, wie man mit Nord Stream 2 fertigwerden könne, auch wenn es sich um ein deutsch-russisches Projekt handle (»Ich verspreche Ihnen, dass wir es schaffen werden«), war noch in frischer Erinnerung, als der amerikanische Verteidigungsminister eine Ukraine-Unterstützungs-Posse von vierzig Staaten nach Ramstein, den gigantischen amerikanischen Luftwaffenstützpunkt in Rheinland-Pfalz, einlud (statt nach Washington oder ins NATO-Hauptquartier in Brüssel), um dort unter seinem Vorsitz und vor amerikanischer Flagge über die Bewaffnung der Ukraine verhandeln zu lassen; mindestens ein weiteres derartiges Treffen folgte. Ein paar Monate später kam es zu der gar-nicht-so-mysteriösen Sprengung der Röhrenleitungen Nord Stream 1 und 2 in der Ostsee.¹⁴ Die Sprengung, die ohne erheblichen militärischen Aufwand nicht möglich gewesen wäre und

14 Genauerer hierzu in Streck 2022a.

über deren Verursacher die deutsche Regierung behauptet, weder etwas zu wissen noch etwas sagen zu dürfen, hatte zur Folge, dass alle gegenwärtigen und zukünftigen Gaslieferungen aus Russland nach Deutschland und Westeuropa auf absehbare Zeit die Ukraine werden passieren müssen, mit der jederzeitigen Möglichkeit für die ukrainische oder auch die amerikanische Regierung, den Gasfluss zu unterbrechen, und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit für Deutschland eines langfristigen Bezugs von Flüssiggas vor allem auch aus den Vereinigten Staaten.

2. *Deutschland als semi-souveräner Staat* – Aus deutscher Sicht reiht sich der Ukraine-Krieg in eine lange Geschichte meist verdeckt ausgetragener Kraftproben mit den Vereinigten Staaten über die Frage ein, in welchem Ausmaß dem deutschen Staat nach seiner bedingungslosen Kapitulation 1945 ein Recht auf nationalstaatliche Souveränität zugestehen sei. Hierher gehören die deutsche Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag (1969 unmittelbar nach Amtsantritt von Willy Brandt; ratifiziert 1975 unter Helmut Schmidt) und, damit verbunden, die amerikanische Zusicherung, Deutschland notfalls mit Atomwaffen zu verteidigen, bei nie ganz überwundenen Zweifeln auf deutscher Seite an ihrer Einhaltung; der amerikanische Argwohn gegenüber der Ostpolitik Willy Brandts und einem mit ihr möglicherweise verbundenen westdeutschen Streben nach mehr nationaler Selbständigkeit; die amerikanische Mobilisierung gegen den »Genscherismus« in den Jahren vor dem Zusammenbruch des Ostblocks; die als Gegenleistung für die Wiedervereinigung verlangte Zustimmung der Bundesrepublik zur dauerhaften Stationierung amerikanischer Truppen auf deutschem Gebiet, ungeachtet des Endes der Sowjetunion; die Ausweitung der Zuständigkeit der NATO über das Bündnisgebiet hinaus auf out-of-area-Einsätze; die von den USA verlangte Beteiligung des wiedervereinigten Deutschland an den Balkankriegen der 1990er Jahre, insbesondere der Bombardierung Belgrads (Operation Allied Force im Mai 1999) und der Abtrennung des Kosovo von Serbien usw.

Der Krieg in der Ukraine bot den USA unter Biden nun eine ideale Gelegenheit, den Deutschen und den ihnen gelegentlich folgenden Europäern die Zügel anzu ziehen und Disziplinlosigkeiten nach Art von Schröder und Merkel auf absehbare Zeit auszuschließen. Seit spätestens 2014 hatte die NATO unter amerikanischer Führung daran gearbeitet, die Streitkräfte der Ukraine in Richtung auf eine im Jargon so genannte *interoperability* ihrer Kommando- und Kontrollsysteme mit den Streitkräften der NATO umzubauen; 2020 wurde die Ukraine dann offiziell assoziiertes Mitglied des NATO Multilateral Interoperability Program.¹⁵ Welche Waffen speziell Deutschland nach Kriegsbeginn der Ukraine, die in den Jahren bis 2021 von den USA schneller als jedes andere Land aufgerüstet worden war,¹⁶ zu welchem Zweck

15 Siehe die entsprechende Pressemitteilung der NATO: »NATO recognises Ukraine as Enhanced Opportunities Partner«, www.nato.int/pr/2022/220511-nato-recognises-ukraine-as-enhanced-opportunities-partner.

16 Von 2012 auf 2021 stiegen die Rüstungsausgaben der Ukraine um 142 Prozent, von 1,6 auf 3,2 Prozent ihres Sozialprodukts. Von den 40 Ländern mit den höchsten Rüstungsausgaben wies nur Rumänien ein höheres Wachstum aus (161 Prozent). Die nächst-hohen Wachstumsraten lagen bei 60 bis 70 Prozent. SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute), <https://www.sipri.org/press-releases/2022/02/2022-02-01>.

zu liefern hatte, wurde nicht von der Bundesregierung bestimmt, deren anfängliche Zurückhaltung in den USA unangenehm auffiel, sondern von den USA. Dass der im Laufe des Jahres 2022 vollzogene allmähliche Übergang zu sogenannten »schweren Waffen« sichtbar nicht auf deutschen Wunsch zurückging, war als Demonstration, wer hier zu sagen hatte – die USA mit Unterstützung der Grünen und der FDP –, im Verhältnis zur pazifismusverdächtigen SPD ein Durchbruch, ebenso wie die öffentlichen *mea-culpa-mea-maxima-culpa*-Bekundungen führender Sozialdemokraten und die Einrichtung des 100-Milliarden-Sonderhaushalts für die in den Augen der USA lange versäumte Aufrüstung der Bundeswehr.

3. *Deutschland und Frankreich* – Die restriktive Neubestimmung der Grenzen der deutschen Souveränität durch die zu neuem europäischem Aktivismus erwachte westliche Vormacht USA setzte zugleich dem französischen Projekt ein Ende, ein politisch und militärisch semi-souveränes Deutschland als wirtschaftlichen Maschinenraum einer von Frankreich aus definierten *europäischen Souveränität* in Dienst zu stellen. Die Frage, ob Nachkriegsdeutschland in erster Linie eine transatlantische Dependence der USA oder (Junior-)Partner einer unabhängigen französischen Weltmachtspolitik sein sollte, war eine Zeitlang Gegenstand von Auseinandersetzungen in Deutschland zwischen zwei widerstreitenden außenpolitischen Denkrichtungen, »Gaullisten« und »Atlantikern« gewesen, wobei der Ausgang allerdings im Wesentlichen feststand: Nur die USA als Führungsmacht der NATO konnten der deutschen Sicherheitspolitik so etwas wie einen halbwegs verlässlichen Atomschirm anbieten. Frankreich wurde dennoch gebraucht, vor allem in der EU als Partner (nach eigener Überzeugung und deutschem diplomatischen Protokoll Senior-, in Wahrheit zunehmend Juniorpartner) eines »Tandems«, das die europäische Integration vorantreiben und damit elementare deutsche Nachkriegsinteressen an regionaler politischer und wirtschaftlicher Einbettung fördern sollte. In der Ära Merkel wurde dann das deutsch-französische Verhältnis zum Schauplatz einer Art von Schaukelpolitik, bei der Merkel einmal den USA und ein andermal Frankreich bedeuten konnte, dass man ihren Wünschen aus Rücksicht auf den jeweils anderen Partner leider nicht völlig zu folgen vermochte.

In Wahrheit allerdings war das Verhältnis nie symmetrisch. Während Frankreich mit immer neuen Freundschaftsbekundungen nach Art des Aachener Vertrags momentan ruhiggestellt wurde, konnten die USA ihre deutschen Militärbasen aufgrund alter alliierter Vorbehaltsrechte nach Belieben für ihre Expeditionen in den Nahen Osten nutzen. Auch stand französischen Hoffnungen auf eine privilegiert hegemoniale Beziehung zu Deutschland der Umstand im Wege, dass Frankreich weder seine Atomwaffe noch seinen Sitz im Weltsicherheitsrat zu »europäisieren«, also mit Deutschland zu teilen bereit war; so hatte es letztlich nichts zu bieten, was Deutschland vielleicht hätte bewegen können zu versuchen, sich aus der amerikanischen Vormundschaft zu lösen. Damit blieben für Frankreich nur symbolische

Trostpreise, wobei die deutsche Diplomatie eine gewisse Routine darin entwickelte, sich immer neue Geschenke zur Beschwichtigung ihres Tandempartners auszu-denken – während die großen Reden Macrons zu einer deutsch-französischen »Neufundierung« Europas entschlossen beschwiegen wurden.

Der Ukraine-Krieg und die Rückkehr des us-amerikanischen Hegemons auf den westeuropäischen Kontinent haben die deutsche Außenpolitik mehr denn je transatlantisiert und merkelschen Verwirrspielen auf längere Zeit, wenn nicht für immer, ein Ende bereitet. Als Folge sah Macron sich gezwungen, wenn er nicht alleine auf dem diplomatischen Kampfplatz zurückbleiben wollte, seine ursprüngliche Forderung, Russland nicht zu besiegen und Putin zu erlauben, sein Gesicht zu wahren, durch immer linientreuer pro-atlantische Stellungnahmen vergessen zu machen. Im Ergebnis wird sich angesichts der sich abzeichnenden babylonischen Gefangenschaft der deutschen Außenpolitik in Washington die auf französisch-europäische »strategische Souveränität« zielende Europapolitik Frankreichs neu orientieren müssen. Zum Trost hat Berlin, um die Enttäuschung nicht zu groß werden zu lassen, noch im November 2022 in Rekordzeit den Weg zur deutschen Beteiligung an dem umstrittenen, von Frankreich und dem Flugzeugbauer Dassault im Bündnis mit Airbus vorangetriebenen, avantgardistischen französisch-deutsch-spanischen FCAS-Kampfflugzeugprojekt formell geöffnet, nach jahrelangem sich zieren.¹⁷

4. *Deutschland und die Europäische Union*¹⁸ – Die Disziplinierung Deutschlands durch die USA im Rahmen der NATO und die mit ihr einhergehende strategische Schwächung Frankreichs führen zu einem fundamentalen *Funktionswandel der Europäischen Union*. Zu diesem beitragen wird auch die mit der scholzischen Zeitenwende, anders als unter Merkel, offen beanspruchte deutsche Führungsrolle,¹⁹ die unter den neuen Bedingungen nur unter amerikanischer Anleitung wahrgenommen werden kann. Die zukünftige EU wird nachhaltig von den Aufgaben geprägt sein, die ihr von USA und NATO im Ukraine-Krieg zugeteilt wurden. Dazu gehörte zunächst die Ausarbeitung einer Sanktionspolitik gegen Russland und von Rationierungsmaßnahmen nach innen, als Antwort auf selbst oder vom Feind unterbrochene Lieferbeziehungen. Des Weiteren zeichnet sich ein von den USA seit langem gefordertes, von Frankreich ebenso lange bekämpftes Umschwenken in der Aufnahmepolitik der EU in Osteuropa ab, in Erfüllung der amerikanischen Erwartung, nach einem Kriegsende die Kosten des Wiederaufbaus der Ukraine bei den

17 Das FCAS, mit Klarnamen Future Combat Air System, soll eine nächste Generation von Kampfflugzeugen mit Drohnen- und Satellitenschwärmen, Bodenstationen, Künstlicher Intelligenz und fliegenden Tankern verbinden und weltweit einsatzfähig sein. 2021 wurden seine Gesamtkosten bis 2040 auf 300 Milliarden Euro geschätzt – wie man sicher sein kann: konservativ.

18 Ausführlicher Streeck 2022b.

19 Siehe Interview des Bundeskanzlers mit der spanischen Zeitung El País, 5.10.2022, »Die EU muss sich in puncto Energieversorgung noch stärker miteinander vernetzen«, www. So schon vorher, im Juni des Jahres, vermutlich als Minenhund, der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil in der TAZ, 24.6.2022, »Der schüchterne Leader«, www.

Europäern, überwiegend den Deutschen, abladen zu können. Bei einer Aufnahme der Ukraine in die EU könnte man den Staaten des Westbalkans die Mitgliedschaft nicht weiter verweigern; auch müssten die streng regelgebundenen Beitrittsverfahren radikal vereinfacht und dabei noch mehr als jetzt geostrategisch politisiert werden.

Politisch ist, nicht nur im Gefolge der bevorstehenden Aufnahmewelle, mit einer Schwerpunktverschiebung nach Osten zu rechnen, insbesondere zugunsten des amerikanischen Favoriten Polen. Nach dem Krieg wird die EU scharf gegenüber Russland abgegrenzt sein, sowohl durch weiterbestehende wirtschaftliche Sanktionen als auch durch die koordinierte Aufrüstung der Mitgliedstaaten an der russischen Westgrenze unter Anleitung und Aufsicht der NATO. Innerhalb der EU werden vor allem Polen und die Ukraine darauf achten, dass etwaige »ostpolitische« Tendenzen in Deutschland die geostrategische Westbindung der EU nicht in Frage stellen.

Was den künftigen Charakter der Union betrifft, so handelt es sich bei dieser in den Augen ihrer neu-mächtigen östlichen Mitglieder perspektivisch in erster Linie um ein Zweckbündnis zur wirtschaftlichen und, im Rahmen der NATO, militärischen Unterstützung der an Russland angrenzenden Länder. Eine Veranstaltung zur supranationalen Überwindung von Nationalstaatlichkeit oder zur Ersetzung der nationalen Währungen durch den Euro ist die EU für sie dezidiert nicht, und schon gar nicht eine politische Bildungseinrichtung zur Verbreitung der liberalen Demokratie und Lebensweise in kulturell zurückgebliebenen Staaten und Gesellschaften Mittel- und Osteuropas. In diesem Zusammenhang dürfte die Kommission in nicht zu ferner Zukunft die vor allem auf deutsch-grünen Druck eingeleiteten Verfahren zur Kürzung der fiskalischen Zuwendungen der Union an ausreichend russlandfeindliche Länder wie Polen als Strafe für Verstöße gegen das Demokratie- oder Rechtsstaatsprinzip beilegen.

Was speziell Deutschland betrifft, so wird es vor dem Problem stehen, wie es den für seine Interessen essenziellen Zusammenhalt der Währungsunion gewährleisten soll, wenn es zugleich in weitaus höherem Maße als bisher die östlichen Frontstaaten der Union materiell unterstützen, seinen Rüstungshaushalt auf Geheiß der USA auf – neuerdings mindestens – zwei Prozent seines Sozialprodukts erhöhen und die Wohlstandsverluste der eigenen Bevölkerung infolge des Rückbaus der integrierten Weltwirtschaft ausgleichen muss. Bislang konnte einem Land wie Italien immerhin eine, wenn auch illusionäre Aussicht auf eine Besserung seiner wirtschaftlichen Situation durch europäische Programme wie das Corona-Wiederaufbauprojekt NGEU geboten werden; dies dürfte dann nicht mehr möglich sein, wenn die Wählerschaft in Deutschland und anderen nordwesteuropäischen Ländern sich mit einer gleichzeitigen, mindestens ebenso kostspieligen militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung der osteuropäischen Frontstaaten überfordert fühlen wird. Es wäre dann überwiegend an Deutschland in seiner neu beanspruchten Führungsrolle, die steil gestiegenen Kosten des Zusammenhalts des westeuropäischen Staatensystems auf sich zu nehmen, mit fiskalischen oder monetären Mitteln, unter Einsatz entweder

des Haushalts der EU oder der Trickkiste der EZB. Ob ihm das trotz der absehbaren Krise seines Produktionsmodells gelingen kann, ist mehr als zweifelhaft.

5. *Deutschland, USA und China* – Schließlich wird viel davon abhängen, wie sich China gegenüber dem russisch-amerikanischen Konflikt um die Ukraine verhält und was das für den sich anbahnenden amerikanisch-chinesischen Konflikt bedeutet. Schon Trump hatte in China den eigentlichen weltpolitischen Gegenspieler gesehen und war bestrebt gewesen, die Vereinigten Staaten auf eine notfalls auch militärische Auseinandersetzung mit der aufsteigenden asiatischen Großmacht vorzubereiten. Die Biden'sche Linie unterscheidet sich von Trump und den an ihm orientierten Republikanern lediglich dadurch, dass sie auf eine Mithilfe der Europäer in dem anstehenden Weltkonflikt Wert legt und im Ukraine-Krieg eine Gelegenheit sieht, die Westeuropäer als geopolitische Hilfstruppe der USA auf Vordermann zu bringen. Deutschland würde dabei über Jahrzehnte in China aufgebaute Produktionsstätten, Lieferketten und Absatzmärkte aufgeben und stattdessen auf Handels- und Wirtschaftsbeziehungen nicht zuletzt mit den USA setzen müssen – mit einem Land, das mindestens so sehr wie China in der Lage und bereit ist, um politischer Ziele willen wirtschaftlichen Druck auszuüben.

Die sich hier im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg entfaltende politische Dynamik zwischen den USA, China und Deutschland erscheint von grundlegender Bedeutung für die künftige Gestalt der globalen politischen Ökonomie in der Wechselwirkung zwischen den drei modernen Spielarten des Kapitalismus – liberal-demokratisch, kommunistisch-nationalistisch und autoritär-oligarchisch. Auf der Ebene zwischenstaatlicher Beziehungen scheint China bereit, den USA gesichtswahrende Hilfestellung zu leisten, wenn diese ein Interesse an einem »Einfrieren« (statt einer siegreichen Beendigung) des Konflikts in der Ukraine entwickeln sollten. Äußerungen des Staats- und Parteichefs im November 2022 dahingehend, dass ein Einsatz nuklearer Waffen nicht zu billigen sei, egal von wem, reflektieren die chinesische Militärdoktrin, der zufolge China anders als die USA auf einen nuklearen Erstschlag verzichtet, weisen aber auch in diese Richtung. Plausibel erscheint, dass die USA dafür haben zusichern müssen, die Ukraine nicht mit Waffen auszustatten, die den russischen so überlegen sind, dass Russland bei ausschließlich konventioneller Kriegführung den Krieg verlieren würde oder ihn auf russischem Boden führen müsste.

Deutschland muss an einer Abkühlung oder Eingrenzung des Konflikts zwischen den USA und China ein nicht nur wirtschaftliches Interesse haben – und Scholz' Erleichterung nach einem Kurzbesuch bei Xi, an dessen Ende dieser öffentlich den Einsatz von Atomwaffen verurteilt hatte,²⁰ weist in diese Richtung. Da China die Mittel hätte, Russland zur Mäßigung anzuhalten, und die chinesische Außenpolitik ebenso unideologisch wie langfristig ausgelegt konzipiert ist, wäre eine diskrete Übereinkunft Chinas mit den USA denkbar, welche diese aus ihrer ukrainischen Verlegenheit, wenn sie denn eine solche empfinden, heraushelfen könnte. Als

20 »Zwölf Stunden China und zurück«, FAZ, 4.11.2022, www.faz.net.

Gegenleistung käme ein, wenn auch wahrscheinlich nur partieller, Verzicht der USA auf wirtschaftskriegerische Boykottmaßnahmen in Frage. Damit wäre der Weg frei für eine, vermutlich ebenfalls partielle, Fortsetzung der deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen.

Ein Krieg mit den USA käme für China früh, wahrscheinlich zu früh; genau deshalb gibt es in den USA Kräfte, die einen solchen Krieg jetzt wollen. Bei denen in der Politik und dem *deep state* der Vereinigten Staaten, die China lieber heute als morgen angreifen würden, dürfte die Lehre des Thukydides aus dem Peloponnesischen Krieg nachwirken, der zufolge ein absteigender Hegemon angesichts eines aufsteigenden Rivalen solange als erster zuschlagen sollte, wie er einen Krieg noch einigermaßen sicher gewinnen kann²¹ (freilich sind Kriege historische Zufallsgeneratoren, und im, mit Clausewitz, Nebel des Schlachtfelds ist man, wie vor Gericht und auf hoher See, in Gottes Hand). Die Athener schlugen damals zu spät gegen das aufstrebende Sparta los, und dafür bestrafte sie das Leben. Ähnlich mag es übrigens Putin ergehen, der den Moment verpasst zu haben scheint, in dem er die von den USA in Blitzgeschwindigkeit aufgerüstete Ukraine noch hätte durch Einnahme ihrer Hauptstadt besiegen können. China, so das Stereotyp, hat längere Zeiträume vor Augen als der historisch jüngere Westen; so könnte Xis Devise heute dieselbe sein wie die seines großen Vorgängers Deng Xiaoping: »Keep a cool head and maintain a low profile. Never take the lead – but aim to do something big.«²² Wenn die Amerikaner angesichts der von ihnen im Irak, in Libyen, in Syrien, Afghanistan und, vielleicht bald, der Ukraine hinterlassenen Scherbenhaufen doch noch auf einen Ausgleich mit China setzen sollten und China die Zeit nutzen wollte, um Schritt für Schritt immer unangreifbarer zu werden, könnte sich für Deutschland und Europa eine Atempause ergeben – allerdings mit durchaus ungewissen Folgen in der weiteren Zukunft.

Eine neue Nachkriegszeit

Der Krieg hat das kunstvolle Gespinnst der merkelschen Nichtentscheidungen und Rückversicherungen zerrissen und den deutschen Staat und seine Politik schutzlos dem geopolitischen Taifun am Ende der New World Order ausgeliefert. Die in Gang befindliche Neuordnung der Weltwirtschaft unter dem Primat zwischenstaatlicher Rivalität – die Nutzung wirtschaftlicher Verflechtungen aus der hohen Zeit des Globalismus als Waffen in internationalen Konflikten – hat es Deutschland unmöglich gemacht, weiterhin im Windschatten der Weltgeschichte unpolitisch sein Produktionsmodell zu pflegen und mit ihm seinen Geschäften nachzugehen. Vorbereitet auf die »Zeitenwende« war Deutschland nicht. »Europa«, in Gestalt der EU zunehmend als *garbage can* für Probleme (nicht für Lösungen; vgl. Cohen u. a. 1972) genutzt, die den politischen Klassen der Mitgliedstaaten zu heiß sind, steht als

21 Der Gedanke machte in letzter Zeit in der amerikanischen Strategiediskussion Karriere, propagiert zuerst von dem Politikwissenschaftler Graham T. Allison.

22 »Die Ruhe bewahren und nicht auffallen. Niemals voran gehen, aber Großes wollen.«

Antwort auf den sich abzeichnenden Verfall der amerikanischen Hegemonie nicht zur Verfügung; Gedanken an eine eigenständige europäische Ordnung, als von den Unberechenbarkeiten der amerikanischen Politik unabhängiger dritter Pol in einer neu multipolaren Weltgesellschaft, haben sich auch in der Amtszeit Trumps nicht entwickeln können.

Die Zukunft Deutschlands nach dem Ukrainekrieg, der nicht schon in zwei oder drei Jahren beendet sein muss, liegt irgendwo im Spannungsfeld zwischen den USA und China, wo auch das Schicksal des als Weltmacht entzauberten Russland entschieden werden wird. Weniger noch als Länder wie Indien oder Brasilien wird Deutschland, definiert durch seine geostrategische Lage an der eurasischen Frontlinie des von den USA beherrschten transatlantischen Staatensystems, in der Lage sein, allein oder als selbsternannte Führungsmacht Europas in dem multipolaren Unterbau des Großmächte-Duopols USA und China einen Ort zu finden, in dem es so etwas wie Äquidistanz zu den Machtzentren der sich abzeichnenden neuen Weltordnung aufbauen könnte.²³ Viel Bewegungsfreiheit gibt es, wo Deutschland in Zukunft sein wird, sicher nicht, und gäbe es nicht einmal mehr für eine Virtuosa des unverbindlichen Offenhaltens vom Schlage Angela Merkels.

Literatur

- Cohen, Michael D., James G. March u. Johan P. Olsen, »A Garbage Can Model of Organizational Choice«, *Administrative Science Quarterly*, 17. Jg., 1972, H. 1, 1-25
- Mody, Ashoka, *EuroTragedy: A Drama in Nine Acts*, New York 2018
- Polanyi, Karl, »Universal Capitalism or Regional Planning?«, *The London Quarterly of World Affairs*, 3. Jg., 1945, H. 1, 1-6
- Streeck, Wolfgang, »Merkel – Ein Rückblick«, *FAZ*, 16.11.2017, 11
- ders., »Angela Merkel's empty leadership«, *Unherd*, 23.12.2021(a), [www](#)
- ders., »Why Angela Merkel has lasted so long«, *Spiked*, 30.06.2021(b), [www](#)
- ders., *Zwischen Globalismus und Demokratie: Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus*, Berlin 2021(c)
- ders., »Es kommt näher«, *Makroskop* 38, 2. Jg., 2022(a), [www](#)
- ders., »The EU after Ukraine«, *American Affairs*, 6. Jg., 2022(b), Nr. 2, 107-24
- ders., »In the Superstate«, *London Review of Books*, 44. Jg. 2022(c), H. 2, [www](#)
- ders., »Augen zu und rein: Deutschland im Krieg«, in: Kostner, S. und St. Luft (Hg.), *Keine ewige Eiszeit mit Russland. Warum Europa eine neue Entspannungspolitik braucht*, Bielefeld 2023
- van Middelaar, Luuk, *Pandemonium: Saving Europe*, Newcastle upon Tyne 2021
- Weber, Max, *Gesammelte Politische Schriften*, hg. v. J. Winckelmann, 5.A., Tübingen 1921/1988

23 Anders als Polanyi am Ende des Zweiten Weltkriegs gehofft hatte: »Universal Capitalism or Regional Planning?« (1945). Siehe hierzu Streeck 2021c, 202-12.